

Presseinformation

12.07.16

Stellungnahme zur Insolvenzantragsstellung der Diakonie Fürth gGmbH

Den Bewohnern, Angehörigen und Mitarbeitenden verpflichtet

Der Verwaltungsrat des Diakonischen Werks Fürth e.V. hat am 30.06.2016 nach reiflicher Überlegung beschlossen, die Betriebsdefizite des Rangau Seniorenzentrums Oberasbach nicht länger zu übernehmen. Das Diakonische Werk Fürth e.V. bedauert sehr, dass damit zugleich eine Insolvenzantragstellung des Betriebsträgers, der Diakonie Fürth gGmbH, unausweichlich geworden ist.

Das Diakonische Werk Fürth e.V. – welches von der Insolvenzantragstellung in keiner Weise betroffen ist – ist sich seiner Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden im Rangau Seniorenzentrum, den Bewohnern und deren Angehörigen bewusst. Gemeinsam mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter, Herrn Dr. Hubert Ampferl, wird man alle Optionen des Fortbestands der Einrichtung prüfen und positiv begleiten.

Pflegebetrieb läuft nahtlos weiter

Derzeit läuft der Betreuungs- und Pflegebetrieb der Einrichtung nahtlos und ohne Beeinträchtigung weiter. Über das Insolvenzgeld sind Löhne und Gehälter der Mitarbeitenden bis Anfang Oktober vollumfänglich abgesichert.

Für den derzeit noch nicht absehbaren Fall, dass die Einrichtung den Betrieb längerfristig nicht fortführen kann, beabsichtigt das Diakonische Werk Fürth e.V., allen derzeitigen Mitarbeitenden eine Anschlussbeschäftigung anzubieten

Hohe Verluste und Rechtsunsicherheit

Das Rangau Seniorenzentrum Oberasbach wurde im April 2011 eröffnet. Mit den drei Hausgemeinschaften für je 13 Menschen mit Demenz betrat die Diakonie konzeptionell Neuland. Hoffnungen auf eine stärkere öffentliche Förderung dieser Pflegeart erfüllten sich nicht. Vor allem geringe Größe der Einrichtung mit 39 Plätzen wurde zu einer starken wirtschaftlichen Herausforderung. Die ständig steigenden Betriebskosten der Immobilie bedeuteten eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung.

Innerhalb von 5 Jahre musste das Diakonische Werk Fürth e.V. als Alleingesellschafterin der Diakonie Fürth gGmbH über 750.000 Euro zur Deckung der Kosten zuschießen. Um der Einrichtung eine Perspektive zu geben, wurden auch alternative Nutzungen abgeklärt und über Partnerschaften mit anderen Trägern verhandelt.